

Arnim Roß, Bürgermeister
Rede vor der Gemeindevertretung Kaufungen
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2026
am 02. Oktober 2025, um 19.00 Uhr,
im Bürgerhaus Kaufungerwald.

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

wir bringen heute den Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 ein. Dabei kann ich leider an die Einbringung des diesjährigen Haushaltes anknüpfen. Damals hatte ich eine ausführliche Analyse vorgelegt und dargestellt, wie sich die sprunghafte Entwicklung der Ausgaben und die spärliche bis zurückgehende Entwicklung der Einnahmen seit 2023 auseinander bewegt haben und welche fatalen Wirkungen dies auf die bis dahin sehr gute Kaufunger Finanzsituation hat. Das setzt sich 2026 leider fort. Die Ausgaben steigen weiter, wenn auch nicht mehr sprunghaft. Aber wir haben in diesem Jahr eine Inflation von 2,1% und steigende Lohnkosten. Parallel gehen unsere Einnahmen zurück.

Betrachten wir es im Einzelnen.

Die Aufwendungen der Gemeinde betragen im ordentlichen Ergebnis 39.101.300 €. Sie steigen damit im Vergleich zu 2025 um rund 1.350.000 €, gegenüber der mittelfristigen Ergebnisplanung im Haushalt 2025 nur um ca. 360.000 €. Dies ist im Wesentlichen begründet durch höhere Umlageverpflichtungen von ca. 700.000 €, davon ca. 650.000 € für die Kreis- und Schulumlage bei gleichbleibenden Hebesätzen. Die Gemeinde muss also an andere staatliche Stellen deutlich mehr Geld abführen als in diesem Jahr.

Dies konnte auch durch eine strenge Ausgabendisziplin bei den Personalkosten und den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen nicht ausgeglichen werden.

So steigen die Personalkosten um ca. 550.000 € gegenüber diesem Jahr. Sie bleiben damit auf dem Wert, der in der mittelfristigen Ergebnisplanung des Haushaltes 2025 für 2026 bereits kalkuliert worden war. Und das erreichen wir, obwohl 340.000 € an zusätzlichen Personalkosten für den Pakt für den Ganzttag an der Grundschule Niederkaufungen, der im nächsten Jahr beginnen soll, neu hinzugenommen wurden.

Darüber hinaus ist die Gesamtzahl der Stellen im Stellenplan um eine halbe Stelle reduziert worden. Das geht sogar noch über den Beschluss der Gemeindevertretung von diesem Jahr hinaus, wonach in 2026 die Zahl der Stellen gleichbleiben muss zum Vorjahr. Obwohl der Bereich der Kinderbetreuung hiervon ausgenommen worden war, dort also Erhöhungen hätten stattfinden können, reduzieren wir die Zahl der Stellen insgesamt.

Ähnliches gilt auch für die Sach – und Dienstleistungen, die gegenüber 2025 nur um 160.000 € steigen. Das entspricht etwa der diesjährigen bisherigen durchschnittlichen Inflationsrate von 2,1 %. Um diese Ausgabenbegrenzungen zu erreichen, haben wir Reduzierungen bzw. Verschiebungen eingearbeitet, wo immer es nur ging. Manche kann man nur einmal, höchstens zweimal machen, weil sonst das Gemeindevermögen Schaden nimmt. Insofern werden die Sachkosten mittelfristig steigen und durch Einnahmeverbesserungen kompensiert werden müssen.

Die Abschreibungen bleiben mit rund 2.152.000 Euro stabil.

Die Einnahmen der Gemeinde betragen in 2026 36.405.100 € und gehen im Vergleich zu diesem Jahr um ca. 260.000 zurück. Daran sieht man schon, dass Dilemma. Denn normalerweise steigen auch die Einnahmen immer zumindest ein wenig.

Einerseits wachsen die Steuereinnahmen der Gemeinde um ca. € 460.000 Euro. Wir planen hier 250.000 € mehr bei der Gewerbesteuer. Das ist gerechtfertigt, da wir in diesem Jahr den Planansatz von 8.250.000 € aller Voraussicht nach erreichen werden. Aufgrund der Wirtschaftskrise ist bei den

Einkommenssteueranteilen aber leider keine große Steigerung zu erwarten. Wir gehen lediglich von einem Zuwachs von ca. 170.000 € aus.

Aber andererseits sinken die Schlüsselzuweisungen um ca. 550.000 €, womit die geringen Steuerzuwächse schon wieder negativiert werden.

In der mittelfristigen Ergebnisplanung zum Haushalt 2025 war für das kommende Jahr noch von einer Erhöhung der Einnahmen der Gemeinde um ca. 1.230.000 € ausgegangen worden. Nun aber sinken sie um 260.000 €. Hier ergibt sich ein Delta von rund 1,5 Mio. €.

Der Einnahmerückgang wurde durch viele Kürzungen und eine sehr strenge Ausgabenplanung gemildert, kann aber nicht vollkommen kompensiert werden. So bleibt ein Defizit im Ergebnishaushalt von ca. 2,7 Millionen, das wir der Rücklage entnehmen. Der Haushalt ist damit ausgeglichen. Der Finanzhaushalt weist ein Defizit von ca. 1,55 Mio. € aus.

Meine Damen und Herren,

Was bedeutet das? Es bedeutet, dass für eine nachhaltige Erholung der Gemeindefinanzen weitere deutliche Verbesserungen auf der Einnahmenseite notwendig sind, denn die Ausgaben werden im Millionenumfang nicht mehr sinken und Einsparungen sind in dieser Größenordnung auch nicht möglich. Dafür müsste man mehrere Kitas schließen, was nicht möglich, nicht sinnvoll und auch nicht gewollt ist.

Eine nochmalige Erhöhung der Gemeindesteuern zur Verbesserung der Finanzlage scheidet aber auch aus. Die Gemeindevertretung hat sie in diesem Jahr bereits angehoben. Dabei wurde betont, dass die geänderten Ausgabenniveaus es erfordern, aber die neuen Hebesätze dann auch wieder stabil und verlässlich sein sollen. Die Gemeinde hat hiermit ihre Hausaufgaben gemacht und die Bürgerinnen und Bürger auch. Und das Defizit ist auch zu groß, um es durch die Anhebung der Gemeindesteuern ausgleichen zu können.

Was jetzt kommen müsste, ist eine deutliche Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs durch das Land Hessen. Denn das Land ist als bedeutender Akteur auf dem Feld der Kommunal Finanzen seiner Verpflichtung, die Kommunen finanziell ordentlich auszustatten, bisher nicht nachgekommen. Das ist auch nicht in Sicht.

Da der Finanzplanungserlass des Landes für eine pünktliche Erstellung des Gemeindehaushaltes immer zu spät kommt, haben wir eigene Kalkulationen angestellt und den Grundbetrag als wichtigen Faktor für die Ermittlung der Schlüsselzuweisung nur um 60 € gegenüber 2025 erhöht. Das ist der Durchschnitt der Erhöhungen des Grundbetrages von 2020 - 2025. Und ich denke, das ist auch das mindeste, was man vom Land erwarten kann, dass wenigstens der Durchschnitt gewahrt wird.

Wir wissen, dass der Haushalt des Landes Hessen ebenfalls in einer schlechten Verfassung ist. Es hängt am Tropf des Bundes und deshalb wird uns das Land die von mir geforderten notwendigen deutlichen Verbesserungen des kommunalen Finanzausgleichs nicht gewähren. Es ist allerdings nicht meine Aufgabe, die Interessen des Landes zu vertreten, sondern die unserer Gemeinde. Und mit einem dürftigen kommunalen Finanzausgleich schadet das Land massiv der kommunalen Selbstverwaltung. In einer Zeit der Bedrohung der Demokratie von rechtsaußen ein gefährliches Vorgehen.

Es zeigt sich auch einmal mehr, was ich schon zur Einbringung des letzten Haushaltes an dieser Stelle kritisiert habe, dass die neoliberale Finanzpolitik des Bundes, die davon ausgeht, dass Steuerzuwächse nur aus Wachstum kommen dürfen, den Staat unterfinanziert. Solange der Bund nicht bereit ist, Einnahmen durch höhere Steuern zum Beispiel für die Reichen in der Gesellschaft und große Erbschaften zu generieren, wird es auch bei uns hier in der momentanen wirtschaftlichen Situation nicht die dringend benötigten Zuwächse geben.

Das Einzige, was das Land tut, und das schon mit dem Finanzplanungserlass von 2024, ist, Erleichterungen zur Erlangung von Haushaltsgenehmigungen auszusprechen. Es wurde in Aussicht gestellt, dass die Perspektiven auch für 2026 Anwendung finden. Das Land macht also eher Symbolpolitik, die es kein Geld kostet.

Mittelfristig ist ein ausgeglichener Haushalt, sowohl Ergebnis- wie auch Finanzhaushalt, aber nur durch deutliche Einnahmeverbesserungen im Ergebnishaushalt zu erreichen. Und da wären wir wieder bei den beiden beschriebenen Optionen: mehr Geld für die Kommunen durch Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs und eine hoffentlich wieder irgendwann anspringende Konjunktur in Deutschland, die dazu führt, dass auch die Einkommenssteueranteile wieder deutlich nach oben gehen in den Maßen, wie wir sie bis zum Beginn der Wirtschaftskrise, also bis 2023, noch hatten.

Meine Damen und Herren,
es wird aber auch notwendig sein, unsere Investitionstätigkeit auf den Prüfstand zu stellen. Damit haben wir auch schon begonnen, wie Sie dem neuen Investitionsplan entnehmen können. Die Gesamtsumme der Investitionen für die nächsten drei Jahre, also 2026 - 2028, wurde um 1 Mio. € zurückgenommen. Die durchschnittliche Investitionssumme für die kommenden vier Jahre, also den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ist ebenfalls um 1 Mio. € geringer als für den bisherigen Finanzplanungszeitraum 2025 – 2028.

Für 2026 sind Investitionen über rund 9 Mio. € geplant, für die wir ca. 2,7 Mio. €, also etwa 30 Prozent, an Fördermitteln erhalten. Zur Finanzierung der Netto-Investitionen ist mit einer Darlehensaufnahme von rund 6,3 Mio. Euro zu rechnen. Das sind ca. 1,85 Mio. € weniger als in diesem Jahr. Aber auch in 2025 haben wir die Investitionstätigkeit bereits reduziert und gehen davon aus, dass statt der geplanten 8,15 Mio. € nur ca. 3,2 Mio. € neue Kredite benötigt werden. Das können Sie dem Finanzstatusbericht entnehmen.

Die Gemeinde Kaufungen hat bis einschließlich 2023 ihre Investitionen aus Haushaltsüberschüssen beglichen. Und die darüberhinausgehenden Haushaltsüberschüsse zum Aufbau der Rücklage und zur Entschuldung genutzt. Wir haben also gut vorgesorgt für schwierige Zeiten wie diese. Nun aber fehlen uns diese Überschüsse.

Deshalb ist eine kritische Überprüfung des Investitionsplans und ein Zurückfahren der Investitionstätigkeit notwendig gewesen. Sicherlich werden wir im Laufe der Haushaltsberatungen noch das eine oder andere Projekt identifizieren, auf das ebenfalls noch verzichtet werden kann oder das in spätere Jahre verschoben werden kann.

Aber wir haben aus früheren Jahren, als man nicht absehen konnte, dass Putin die Ukraine überfällt und Deutschland dadurch in die schwerste Rezession gerät, die es in seiner Geschichte je erlebt hat, auch begonnene Projekte, die fertig gestellt werden müssen, und die wir nun über die Aufnahme von Krediten finanzieren.

Unser Schuldenstand liegt aber weit unter dem, der im diesjährigen Haushalt mit 20 Mio. € zum Ende dieses Jahres veranschlagt worden war. Hier macht sich der Richtungswechsel in der Investitionspolitik schon bemerkbar. In dieser Hinsicht muss uns die momentane Situation keine Sorgen machen, das sage ich vor allem mit Blick auf diejenigen, die schnell schlaflose Nächte bekommen. Denn der Schuldenstand der Gemeinde Kaufungen ist als niedrig anzusehen. Er betrug inklusive der durchgeleiteten Darlehen zum 31.12.2024 rund 12 Mio. € im Kernhaushalt und wird dieses Jahr voraussichtlich auf ca. 15,2 Mio. € steigen, was weit unter der Haushaltsprognose von diesem Jahr liegt.

Die Schuldenstatistik des hessischen statistischen Landesamtes per 31.12.2023 sieht Kaufungen in der Liste der am meisten verschuldeten Kommunen in Hessen erst auf Platz 263 von 423. Also im unteren Mittelfeld. Daran wird sich nicht viel geändert

haben, denn die momentane Wirtschaftskrise trifft alle Kommunen gleichermaßen. Die wenigsten Schulden hatte damals übrigens Philippsthal mit 250.000. Da wir jedoch nicht so ein großes Unternehmen wie Kali+Salz haben, das einer kleinen Gemeinde über Jahrzehnte viel Geld in die Kassen spült, können wir uns damit nicht vergleichen. Vergleichbare Gemeinden im Osten Kassels hatten mehr Schulden, teilweise deutlich mehr.

Außerdem ist zu bedenken, dass unsere Kredite nicht aus konsumtiven Ausgaben resultieren, sondern aus investiven. Unsere Situation ist also auch anders als in Bund und Land. Wir schaffen mit den kreditfinanzierten Investitionen Werte und so steht diesen ein Anlagevermögen der Gemeinde von über 72,4 Mio. € gegenüber, laut der dem Haushalt 2026 beigefügten Bilanz aus dem Jahresabschluss 2024.

Uns kommt darüber hinaus zugute, dass wir große Investitionen wie die Stadionsanierung in den guten Haushaltsjahren gemacht und vollständig durch Zuschüsse des Landes und des Bundes und durch Haushaltsüberschüsse finanziert haben, ohne auch nur einen Euro Kredit dafür aufzunehmen.

Wir finanzieren viel über Fördermittel und das ist richtig. Das erfolgreiche Akquirieren von Fördermitteln versetzt uns in die Lage, wichtige Impulse für die Gemeindeentwicklung zu geben. Nicht umsonst ist nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Lebenssituation in Kaufungen sehr hoch. Ich befürworte eigentlich ein anderes kommunales Finanzierungsmodell, bei dem den Gemeinden von vornherein mehr Geld zur freien Selbstverwaltung gegeben wird. Aber das System ist nun mal nicht so. Das Land Hessen hält seine Kommunen lieber ein Stück weit am Tropf und stellt zusätzlich Förderprogramme zur Verfügung, damit es mehr Einfluss darauf hat, wofür die Kommunen Geld ausgeben. Echte kommunale Selbstverwaltung sieht eigentlich anders aus.

Aber wir haben uns darauf eingestellt. Wir haben mit sieben Gemeinden im Kasseler Osten eine Stelle für das Fördermittelmanagement eingerichtet und die Gemeinde Kaufungen nutzt sie sehr gut. Wir werben darüber viel Geld ein und ebenso auch über unser Klimaschutzmanagement. So haben wir für rund 1,8 Mio. € die Haferbachhalle saniert und dafür 650.000 € aus der Hessenkasse bekommen und 400.000 € Förderung für Klimaschutzmaßnahmen. Und wir sind gleichzeitig in zwei Städtebauförderprogrammen, nämlich mit dem Ortsteil Oberkaufungen im Programm Lebendige Zentren und mit dem Ortsteil Niederkaufungen im Programm Dorferneuerung. Durch all das fließen viele Millionen Euro an Fördermitteln nach Kaufungen.

Große Projekte wie das Multifunktionsgebäude am Stadion, die Haferbachhalle, die Stadionsanierung, die Museumssanierung, die Kitanisierung und andere Maßnahmen sind dadurch mit überschaubarem eigenem Aufwand möglich. Und das versetzt uns in die Lage, Projekte wie die Erweiterung des Feuerwehrstützpunktes, für die noch keine Fördermittel in Aussicht stehen, allein anzugehen. Das eine tun können ohne das andere lassen zu müssen. Aber man muss auch bereit sein, den Gemeindeanteil zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren,
das erfolgreiche Akquirieren von Fördermitteln generiert einen großen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger von Kaufungen und steigert die Lebensqualität und Lebenszufriedenheit im Ort. Ich betone dies auch deshalb, weil einige hier immer wieder vortragen, man dürfe nicht auf alle Fördermittelmöglichkeiten eingehen. Ich habe dazu schon erklärt, dass ich grundsätzlich zustimme und man in Zeiten schwieriger Finanzlagen die Kriterien enger fassen muss. Gesetzlich vorgeschriebene sowie katastrophenschutz-, zivilschutz- und sicherheitsrelevante Maßnahmen müssen mittelfristig Priorität haben. Aber diejenigen, die den Vorbehalt zu Fördermitteln so einseitig betonen, müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass eine konsequente Verfolgung nur dieser Linie dazu führen würde, dass diese Mehrwerte nicht mehr generiert werden und

Lebensqualität nicht mehr steigt. Die Gemeinde würde sich nicht mehr nach vorn entwickeln, sondern stagnieren oder sogar zurückbewegen.

Und trotzdem würde die Gemeinde die Finanzprobleme haben, die sie hat, denn sie kommen ja nicht aus der Investitionstätigkeit, ich habe es ausgeführt, und trotzdem hätte sie in diesem Jahr die Steuern anheben müssen. Eine kausale Aussagekette: wenig ausgeben - wenig Schulden - niedrige Steuern - alles gut - alle zufrieden, gibt es nicht. Sie ist und bleibt eine unzulässige Komplexitätsreduktion und daher ein Wunschtraum und ist mir zu populistisch. Denn der Faktor Gemeindeentwicklung ist in dieser Kausalkette nicht enthalten.

Spätestens bei dem Punkt „alles gut und alle zufrieden“ fängt es irgendwann an zu kippen. Wenn es auf einmal Wartelisten in den Kindertagesstätten gibt und man nicht den Kita-Platz bekommt, den man braucht, wenn auf einmal die großen Straßen, die Hauptwohnsammelstraßen, nicht mehr geräumt werden, weil die Maschinen oder das Personal dafür fehlen, wenn es keine Angebote für ältere Menschen mehr gibt und keinen kommunalen Pflegedienst, der alle annimmt, unabhängig von der Pflegesituation, wenn die Grünanlagen verwahrlosen, wenn die Büchereien keine neuen Medien mehr beschaffen, wenn es keine kulturellen Angebote mehr gibt, wenn alle Bürgerinnen und Bürger zwischen 18 und 55 Jahren zur Pflichtfeuerwehr einberufen werden müssen, weil nicht mehr genug freiwillige Feuerwehrleute vorhanden sind, weil die Feuerwehrrhäuser und -ausrüstung vergammelt sind, dann beginnt sich Unzufriedenheit breit zu machen trotz scheinbar guter Finanzlage, und die Bürgerinnen und Bürger werden Fragen stellen an die Verantwortlichen.

Meine Damen und Herren,
eine differenzierte Betrachtung ist also notwendig und ein Plan, wo man hinwill. Nur wer den hat, kann auch erfolgreich Prioritäten setzen. Und wir haben Pläne und Konzepte. Wir haben sie zusammen entwickelt und beschlossen, setzen sie

erfolgreich um und setzen mehr um, als unser Haushalt allein es hergeben würde. Und mit dem Haushalt 2026 legen wir einen Haushalt vor, der beides berücksichtigt: Die Notwendigkeit zur Gemeindeentwicklung und die Notwendigkeit zur Anpassung an eine schwierige Finanzsituation aufgrund der Wirtschaftskrise.

Meine Damen und Herren

zurzeit wird viel diskutiert, welcher Anteil, der durch die Sondervermögen auf uns zu kommenden Investitionsmittel vom Land an die Kommunen weitergegeben werden soll. 50 % sagen die einen, 77 % sagen die andern. Das sind die beiden Pole, die ich kenne. Wahrscheinlich wird es irgendwas dazwischen. Wenn man in dieser Logik bleibt, kann man nur sagen, soviel wie möglich an die Kommunen weitergeben, also eher 77 % als 50 %. Aber ich möchte viel mehr einen Paradigmenwechsel. Wir brauchen nicht immer mehr Investitionszuschüsse für die Kommunen, sondern, ich habe es schon ausgeführt, mehr freie Mittel. Und eine ganz einfache Maßnahme wäre die Übernahme der Personalkosten für die Kindertagesstättenin - etwa analog zu den Schulen - durch das Land, am besten vollständig, mindestens aber die Hälfte. Das wäre ein massiver und nachhaltiger Beitrag zur Sanierung der kommunalen Finanzen. Und dann könnten wir uns auch unsere Investitionen leisten.

Mit diesem Denkanstoß freue ich mich auf konstruktive Haushaltsberatungen, danke der Kämmerei für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfs und Ihnen für die Aufmerksamkeit.